
Antrag

der AfD-Fraktion

Wenn alles nichts hilft, muss alles auf! – Unverhältnismäßigen Lockdown beenden und den Bürgern ihre Freiheit zurückgeben!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

I. Das Abgeordnetenhaus von Berlin stellt fest:

Viele aktuell herrschende Lockdown-Maßnahmen sind unverhältnismäßig, lebens- und wirtschaftsfeindlich.

Seit über einem Jahr befindet sich die Hauptstadt in einem mal mehr, mal weniger scharfen Dauer-Lockdown. Auf den Lockdown im März 2020 folgten der *Lockdown-Light*, der *verschärfte Lockdown*, der *Wellenbrecher-Lockdown*, die *Osterruhe* und nun die *Bundesnotbremse*, ohne dass ein Ende absehbar wäre. Doch während die Pandemie andauert, schädigen die zu ihrer Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen immer stärker die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben in Berlin.

Tourismus, Gastronomie und Einzelhandel der Stadt liegen brach, die Kulturbetriebe sind geschlossen und die Innenstadt verödet. Während einige Branchen vor dem Aus stehen, boomen andere ganz ohne eigenes Zutun. Manche Personen und Gruppen bereichern sich sogar an der Not der Vielen. Veranstaltungen finden nicht mehr statt, Messen sind abgesagt.

Viele Menschen in der Stadt haben ihren Arbeitsplatz verloren oder sind von Kurzarbeit betroffen. Viele Berliner vereinsamen aufgrund von Besuchsverboten und Ausgangsbeschränkungen und müssen mit ansehen, wie ihre Kinder ihrer Bildungschancen beraubt werden, weil Schulen und Hochschulen den Präsenzbetrieb eingestellt haben und mit immer neuen Vorschriften und Änderungen es fast unmöglich sein wird, Kindern nachhaltig

Wissen zu vermitteln. Die Krankenhäuser klagen trotz aller Lockdown-Maßnahmen weiterhin über volle Intensivstationen.

Wenn aber offenkundig alles nichts hilft, dann müssen wir bereit sein, alles auch wieder zu öffnen.

Viele Lockdown-Maßnahmen sind – sofern sie es je waren – längst nicht mehr verhältnismäßig. Schließlich wurde schon im Vorjahr massiv in Hygiene- und Schutzmaßnahmen investiert. Die Impfung der Risikogruppen ist weit fortgeschritten. Die ursprüngliche Argumentation des Senats und der Bundesregierung für die Notwendigkeit der Lockdown-Maßnahmen war der Schutz der Risikogruppen. Dieser Grund ist weitgehend entfallen. Um das Infektionsgeschehen nachhaltig abzusenken, haben sich die Lockdown-Maßnahmen als unwirksam und willkürlich erwiesen. Das zeigen auch Vergleiche mit Staaten, die keine oder weniger strenge Lockdown-Maßnahmen verhängt haben. Deshalb wächst der Widerwillen in der Bevölkerung gegen immer neue Verlängerungen und immer mehr offensichtlich ineffiziente Maßnahmen.

II. Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert den Senat auf,

den unverhältnismäßigen, lebens- und wirtschaftsfeindlichen Lockdown zu beenden und die Wiedereröffnung des öffentlichen Lebens zu ermöglichen. Soweit dies durch das geänderte Bundesinfektionsschutzgesetz in die Kompetenz des Bundes fällt, wird der Senat aufgefordert, sich im Bundesrat und im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) für die Umsetzung der Maßnahmen einzusetzen.

Es gilt, unter Beibehaltung der bekannten, ggf. im Einzelfall noch zu ergänzenden Schutz- und Hygienemaßnahmen, eine Reihe von pandemiebedingten Verboten aufzuheben und die Einschränkungen des privaten und öffentlichen Lebens verhältnismäßig auszugestalten.

Hierzu müssen die folgenden Maßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden:

1. Die Ausgangssperre zwischen 22 Uhr und 5 Uhr sowie das Nachtreiseverbot müssen aufgehoben werden.
2. Die Öffnung der Gastronomie und des Beherbergungsgewerbes muss ermöglicht werden.
3. Der Regel- und Präsenzbetrieb an Kindertagesstätten und Schulen muss wieder eingeführt werden.
4. Das Verbot von Freizeit- und Amateursport muss aufgehoben werden.
5. Museen, Theater, Konzerte, Opern, Kinos und sonstige kulturelle Einrichtungen müssen wieder öffnen dürfen.
6. Der Hochschulbetrieb ist wieder in Präsenz durchzuführen.

7. Veranstaltungen im engsten Familien- und Freundeskreis sind wieder zuzulassen (Geburtsstagsfeiern, Hochzeiten, Beerdigungen, Taufen).
8. Menschen in Altenheimen, die geimpft sind, müssen wieder ein ihrem Alter entsprechendes normales Leben führen und Besucher empfangen und Besuche durchführen dürfen.

Dabei können auch jenseits der grundsätzlichen Möglichkeit einer Öffnung zeitlich befristete Übergangsregeln und ein stufenweises Vorgehen sinnvoll sein. Die Impfung derjenigen, die geimpft werden wollen, ist mit größter Intensität fortzusetzen. Auch der konsequente Einsatz von Tests kann die Öffnung begleiten. Nur dort, wo nachweislich medizinische Gründe noch gegen eine sofortige Öffnung sprechen, z.B. bei großen Publikumsveranstaltungen auf engem Raum müssen Beschränkungen zeitlich befristet fortgesetzt werden. Monatlich ist zu überprüfen, ob diese Beschränkungen noch erforderlich sind.

Begründung

Die bisherigen Lockdown-Maßnahmen haben nicht die von der Regierung versprochene Wirkung entfaltet. Mitunter sind die Regelungen unwirksam, willkürlich und muten eher wie eine Übung in Gehorsam an.

Obwohl die Impfkampagnen der Bundes- und Landesregierung sehr schleppend und mit großen Verzögerungen gestartet wurden (andere Länder wie beispielsweise das Vereinigte Königreich oder Israel sind deutlich besser aufgestellt und sind in der Folge bereits wieder weitgehend zur Normalität zurückgekehrt), sind mittlerweile auch in Deutschland die Risikogruppen weitgehend durchgeimpft. Die ursprüngliche Begründung für harte Maßnahmen wie den Dauer-Lockdown ist somit weggefallen.

In dieser globalen Pandemie sind alle Regionen betroffen, aber der Umgang der Regierungen mit der ihnen obliegenden Verantwortung unterscheidet sich drastisch voneinander. So zeigt ein Blick nach Texas, Florida oder in unser europäisches Nachbarland Schweden, dass eine Pandemiebekämpfung auch ohne das Einfrieren des öffentlichen Lebens möglich ist.

Wellenbrecher-Lockdown, Brückenlockdown, Notbremse-Lockdown: Die scheinbar niemals endende Marketingkampagne der Regierenden überstrapaziert Geduld und Leidensfähigkeit der Bürger.

Die Situation ist für viele Berliner belastend. Sie müssen ihren Alltag trotz immer umfangreicherer Einschränkungen aufrechterhalten. Sie können ihre Kinder nicht mehr in den Kindergärten bringen oder müssen ihre Kinder selbst beschulen, das Schulessen ersetzen und dabei im verordneten Homeoffice trotzdem berufliche Leistung bringen.

Entmutigend ist das Leben auch für junge Menschen, deren Leben sich nur noch in den eigenen vier Wänden abspielt, weil Schule, Universität, Vereins- und Kulturleben nur noch im Videokonferenz-Modus stattfinden. Dramatisch eingeschränkt ist das Leben für die Senioren, die trotz Impfung noch immer von ihren Verwandten in den Pflegeheimen abgeschottet werden und so ihren Lebensabend in Einsamkeit verbringen müssen.

Immer größere Teile der Bevölkerung haben kein Verständnis mehr für die Lockdown-Maßnahmen. Auch im Establishment wächst unter bislang nicht als regierungskritisch bekannten Schauspielern das Unverständnis.

Eine Fortführung der bisherigen Lockdown-Politik werden weder die Berliner noch die Berliner Wirtschaft aushalten können. Schon jetzt sind die wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Stadt überall spürbar. Die Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr erheblich auf jetzt 210.000 Arbeitslose angestiegen und mehr als 120.000 Berliner beziehen Kurzarbeitergeld und müssen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes rechnen. Berlin ist wie kaum eine andere Region in Deutschland abhängig von Branchen, die besonders unter den Lockdown-Maßnahmen zu leiden haben. Bringen wir die Normalität zurück in die Stadt und geben wir den Berlinern ihr Leben zurück.

Wenn alles nicht hilft, muss alles auf.

Berlin, 27. April 2021

Pazderski Hansel Gläser Woldeit Vallendar
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion